

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 30 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingefandt 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfiskusrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 226

Mittwoch, 28. September

1921

Vom Landtage.

Präsident Fröhbert gebachte zu Beginn der heutigen Sitzung des Landtags vor Eintritt in die Tagesordnung des schweren Angelegenheit in Cppau mit Worten wärmster Anteilnahme der sächsischen Volksvertretung und des sächsischen Volkes. Das Haus erhob sich zum Zeichen der Trauer. Der Präsident wird aus dem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln einen angemessenen Betrag für die Opfer spenden. Weiter beantragte vor Eintritt in die Tagesordnung der Abg. Ziewert (komm.) zur Geschäftsordnung für Dienstag den 4. eventuell Mittwoch den 5. Oktober eine weitere Sitzung des Landtags anzuberaumen und die von der kommunistischen Fraktion eingebrachten Anträge zur politischen Lage auf die Tagesordnung zu setzen, dazu einen neuen Antrag dieser Fraktion, zur Linderung des Cppauer Hungers 250 000 M. Staatsmittel dem Hilfskomitee zu überweisen und weitere 250 000 M. zur Linderung der Hungersnot in Russland zur Verfügung zu stellen. Präsident Fröhbert hielt die Behandlung der Anträge für nicht so dringend, er nahm vielmehr des letzteren, da sämtliche Gegenstände bereits im Reichstage behandelt werden. Trotzdem fand der Antrag Ziewert gegen die Stimmen der Bürgerlichen Mehrheit. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetragen und nach kurzer Aussprache die Grundsteuer nach der Regierungsvorlage mit einigen Änderungen mit Mehrheit angenommen. Sämtliche, insbesondere die bürgerlichen, Minderheitsanträge wurden abgelehnt. Bei Schluß der Session trat man in die Beratung der Wehrdienstvorlage ein.

Das vorläufige Untersuchungsergebnis über das tödliche Unglück des Bauarbeiters Garreis.

(N.) Am 2. September war im Verlaufe einer Handgemenge in der Reformhütte in Chemnitz der Bauarbeiter Garreis durch einen Pistolenschuß tödlich verletzt worden. Es hat sich das Geschehen der Stadt Chemnitz zu umfassenden Untersuchungen veranlaßt, deren vorläufiges Ergebnis nunmehr mitgeteilt werden kann. Von den in einer Seandfeier versammelten Akademikern wurde eine eine geladene Pistole bei sich, die übrigen waren unbewaffnet. Der Schuß ist erfolgt, nachdem die Pistole ihrem Besitzer abgenommen worden war. Ein weiterer Schuß ist nicht abgegeben worden. Der Schuß kam dadurch zur Entladung, daß derjenige, der nach dem Akademiker die Pistole in der Hand hatte, bei dem sich entwickelnden Handgemenge ohne zu wissen, daß die Pistole geladen war, mit der Hand, in der er die Waffe hielt, sei es zugegriffen, sei es abgewehrt hat und dabei die Pistole zum Abfeuern brachte. Garreis wurde also allem Anschein nach zufällig von der Kugel getroffen.

Industrie und Reparationsverpflichtungen.

Berlin, 27. September. Gestern traten auf Einladung des Reichskanzlers führende Vertreter der deutschen Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Großorganisationen in der Reichshaus zu sammen, um die Möglichkeiten einer Unterstützung der von Industrie und Banken geplanten Aktion für die Reparationsverpflichtungen zu erörtern. Die Erörterung hatte den Charakter einer Vorbesprechung und wird fortgesetzt werden, nachdem sich die Vertreter der Landwirtschaft mit ihren Organisationen ins Benehmen gesetzt haben.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag.

New York, 26. September. Wie aus Washington gemeldet wird, empfahl der Senator Lodge im Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten dringend die Ratifizierung des deutschen Friedensvertrages und sagte: Der Vertrag behalte alle Rechte und Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Versailles-Vertrage in bestimmterer Form vor als die Resolution Knox, da es den Vereinigten Staaten durchaus freistünde, jede beliebige Verpflichtung

Ein neues tschecho-slowakisches Kabinett.

Der Ministerwechsel.

Prag, 26. September. Der Präsident der Republik hat durch Bekanntmachung vom 26. d. M. das gesamte bisherige Ministerium seines Amtes enthoben und ein neues Ministerium ernannt, in dem der frühere Minister des Äußeren Dr. Beneš den Vorsitz führt.

Die Ministerliste.

Prag, 26. September. Das neue tschecho-slowakische Ministerium besteht aus folgenden Mitgliedern: Ministerpräsident und Außenminister: Dr. Beneš; Innenminister: Černý; Ackerbau: Stančík; Handel: Ingenieur Kovář (Nationaldemokrat); Eisenbahn: Šramel; Umfinanzierung: Dr. Dvorský (slowakischer Nationaldemokrat); Justiz: Dolanský (Klerikal); Unterricht: Šrobár (slowakischer Agrarier); Soziale Fürsorge: Habermann (Sozialdemokrat); Gesundheitswesen: Běhounek (Nationalsozialist); Öffentliche Arbeiten: Černý (Nationalsozialist); Post: Šrba (Nationaldemokrat), dem zugleich auch das zur Auflösung bestimmte Ernährungsministerium übertragen wurde; Landesverteidigung: Udrjal (Agrarier); Finanzen: Präsident des Bankamtes Kovář; Minister für die Slowakei: Růžica.

Die Neubildung des Reichskabinetts.

Berlin, 27. September. Der Reichskanzler Dr. Brüning hat gestern nachmittags mit dem Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann eine Besprechung über die Frage der Neubildung des Kabinetts im Reich. Wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, sind gestern auch die Führer der Zentrumsfraktion beim Reichskanzler erschienen, um die allgemeine politische Lage zu erörtern. Die Sozialdemokraten folgen heute. Über die Aussichten einer Kabinettsumbildung äußert sich der „Vor-

aus dem Versailles-Vertrage übernehmen zu können. Es könne als wünschenswert gelten, daß Amerika in der Reparationskommission vertreten sei, wo so viel auf dem Spiele stehe, was das amerikanische Geschäft und die wirtschaftliche Wohlfahrt Amerikas betreffe. Ich glaube nicht, sagte Lodge, daß ein solches Bündnis angelegt wird. Ich glaube nicht, daß irgendeine moralische Verpflichtung besteht, amerikanische Truppen am Rhein zu halten. Ich bin sicher, daß dazu keine geeignete Verpflichtung vorhanden ist. Lodge verlas darauf einen Brief des Präsidenten Harding, in dem zu schnellem Handeln aufgefordert wird.

Das Ultimatum der Verbündeten an Ungarn.

London, 26. September. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist das Ultimatum der Verbündeten an Ungarn nunmehr in Budapest überreicht worden. Die tschecho-slowakische Regierung steht in aufrichtigem Einvernehmen mit den Verbündeten ihre Bemühungen fort, die Ausführung des Vertrages sicherzustellen.

Rußland und die Note Lord Curzons.

London, 26. September. Nach einer Reutersmeldung erklärte das Mitglied der russischen Handelsdelegation Deršin in seiner Antwort auf die vor kurzem übergebene Note Lord Curzons, daß die russische Regierung überzeugt sei, daß Lord Curzons Anschuldigungen grundlos seien. Sie habe aber von neuem Untersuchungen angeordnet, um die Anschuldigungen im einzelnen zu widerlegen. Curzon und das britische auswärtige Amt seien Opfer solcher Berichte geworden, die von russischen Weisagern ausgeteilt wurden. Deršin wies darauf hin, daß viele Behauptungen Curzons selbst der oberflächlichsten Prüfung nicht standhielten und sprach die Hoffnung aus, daß es der Sowjetregierung gelingen werde, durch vollständige Aufklärung die britische Regierung davon zu überzeugen, daß ihre Behauptungen auf unzuverlässigen Berichten beruhten.

wärts“ nicht gerade sehr hoffnungsvoll. Das Blatt schreibt: Ob eine Verbreiterung der Basis zustande kommt, ist noch ganz ungewiß. Auf einen Krieg gegen Dr. Brüning lassen wir uns nicht ein. Eine Verbreiterung der Basis kommt nur dann in Frage, wenn die bisherige Politik des Kabinetts Brüning dadurch gebürt, nicht aber geschwächt und nach rechts abgelenkt wird.

Der Sturz der Mark.

London, 27. September. Der harte Sturz der Mark an der gestrigen Börse findet in der Presse besondere Beachtung. „Daily Mail“ berichtet, daß eine internationale Konferenz über Geldfragen, die vom Verbaude gesunde Währung organisiert werde, anfangs Dezember in London stattfinden werde, um ein Programm der Maßnahmen zu entwerfen, die nötig seien, um die Währung der verschiedenen Länder in Deutschland wieder herzustellen.

Die irische Frage.

London, 26. September. „Evening News“ meldet, daß die Antwort der britischen Regierung an de Valera am Mittwoch abgefaßt wurde. Das Schreiben stelle unbedingt das letzte Wort der Regierung dar. Entweder müsse daraus eine Konferenz oder neue Gewaltanwendung folgen. Die Sinnfeiner werden in der Antwortnote aufgeföhrt, Vertreter zu einer Konferenz mit der Regierung, die am 4. Oktober in London stattfinden soll, zu entsenden.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Konstantinopel, 26. September. Nach einer aus türkischer Quelle stammenden Meldung aus Kleinasien soll die große Schlacht bei Eskişehir zugunsten der Türken verlaufen sein. Die Kemalisten sollen diese Stadt besetzt haben.

Befehle der Höchsten Farbwerke.

Höchst, 26. September. Die Höchster Farbwerke wurden am Sonntag von der Arbeiterschaft besetzt. Angestellte und Beamte, die Montag früh zur Arbeit erschienen, wurden am Betreten des Werkes von den Arbeitern gehindert. Die Ruhe ist jedoch nirgends gebürt. Zum Werk gehörige lebenswichtige Betriebe werden von den Arbeitern aufrechterhalten. Der französische Kreisbesetzte erlebte einen Aufruhr an die Arbeiterschaft, daß er sich in den Streit zwischen der Direktion und den Arbeitern nicht einmischen wolle. Er ersuchte die Arbeiterschaft, jeden Gewaltakt zu vermeiden.

Die albanische Frage.

London, 27. September. Laut „Daily Telegraph“ ist ein Abkommen zwischen Großbritannien und Italien in der albanischen Frage erzielt worden. Dem Blatte zufolge ist die Hoffnung berechtigt, daß das Abkommen der erste Schritt zum Abschluß einer allgemeinen Entente zwischen Großbritannien und Italien sei.

Unruhen in Belfast.

Belfast, 26. September. Die Stadt war während des Wochenendes wiederholt der Schauplatz mehrerer Unruhen, die vier Tote und 50 Verletzte als Opfer forderten. Heute fand eine neue Schießerei statt. Eine Bombe wurde auf einer Straße gemorfen, auf der zahlreiche Kinder spielten. Fünf Kinder wurden verunglückt. In Belfast trafen zur Aufrechterhaltung der Ordnung weitere Truppen und Panzerwagen ein.

Ein schweizerischer Kredit für Rumänien.

Bern, 26. September. Zwischen der schweizerischen und rumänischen Regierung wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach die Schweiz Rumänien einen Kredit auf 40 Mill. Schweizer Franken eröffnet, der durch Getreidelieferungen zurückzahlen ist, die in den nächsten Monaten beginnen und spätestens im Sommer 1923 beendet sein sollen.

Die Umstellung der Landespolizei.

Von Rich. Lipinski.

(N.) In den letzten Wochen sind in der Presse erfundene, umgebogene und wesentlich unwahre Notizen über die Landespolizei veröffentlicht worden, die es geboten erscheinen lassen, grundsätzlich die Umstellung der Landespolizei darzulegen.

Die Landespolizei wurde mit Zustimmung der Volkstammer und der Reichsregierung zur Sicherung der demokratisch-republikanischen Verfassung aufgestellt. Sie wurde militärisch aufgezogen, ein General zum Leiter bestellt, und ihr wurden, auf Beschluß der Volkstammer, um einen Rißbrauch der Polizei zu hindern, Regierungskommissare beigegeben.

Die Entente sah aber in der aufgestellten, zum großen Teile kasernierten Polizei die Umgehung des Friedensvertrages und verlangte, daß die Landespolizei nicht zentral militärisch organisiert werden dürfe, sondern örtlich gebunden der zivilen Gewalt unterstellt werden müsse. Deshalb wurde die Landespolizei den Kreisbauernschaften unterstellt. Auch diese Anordnung genigte der Entente nicht, und so blieb nichts anderes übrig, als die Landespolizei örtlich zu binden. Tiefem Vorhaben fand aber § 101 der revidierten Städteordnung entgegen, der das Polizeirecht des Staates den Stadträten übertrug. Dieser Rechtszustand mußte zuvor verändert werden, und so entstand das vom Landtag beschlossene Gesetz über Änderungen im Polizeiwesen vom 27. Juni 1921.

Das Gesetz sieht die Verstaatlichung der Kriminalpolizei vor und erstrebt die Verstaatlichung der örtlichen Polizei, jedoch grüne (Landespolizei) und blaue Polizei örtlich unter einen Befehl, den Polizeidirektor oder Polizeipräsidenten, gestellt werden kann. Im Laufe der Verhandlungen ergab sich aber, daß die Verstaatlichung der blauen Polizei für das ganze Land unmöglich ist, weil in kleineren Orten die Polizeibeamten auch zu anderen als Sicherheitsdiensten herangezogen werden und sie, falls sie verstaatlicht würden, durch andere Beamte ersetzt werden müßten, was höhere Verwaltungskosten als unabwehrbare Folge nach sich zog. In den größeren Städten ist die Polizei wieder mit verschiedenen Einzelaufgaben betraut, Sitten-, Wohlfahrts-, Karttpolizei usw., die mit dem eigentlichen Sicherheitsdienst nichts zu tun haben. Der Vertrag der bisherigen Verhandlungen ist, daß nur die blaue Sicherheitspolizei der großen Städte verstaatlicht werden soll und in diesen Städten die grüne Landespolizei den Polizeidirektoren oder -präsidenten unterstellt werden wird.

Die Durchführung des Gesetzes vom 27. Juni 1921 bringt es mit sich, daß das Landespolizeiamt an Bedeutung verliert und zur reinen Verwaltung- und Versorgungsbehörde herabsinkt. Dieser Veränderung trat der Landtag bereits Rechnung. Im Beamtenabstufungsgesetz wurde in Gruppe B 3 die Position „General der Landespolizei“ gestrichen und dafür in Gruppe XIII eine Position „Chef der Landespolizei“ eingefügt. Damit brachte der Landtag zum Ausdruck, daß er die militärische Spitze der Landespolizei nicht machte. Die materielle Auswirkung des Beschlusses war, daß das Grundgehalt des Leiters der Landespolizei von 23 000 auf 20 000 M. herabgesetzt wurde. Nachdem der General Reichardt von seinem Posten aus Gesundheitsgründen zurückgetreten ist, andere Gründe hat der General in seinem Abschiedsgesuch auch nicht angegeben, bestand im Ministerium des Innern Übereinstimmung, daß zum Leiter der Landespolizei kein Militär, sondern nur ein zuverlässiger, tüchtiger Verwaltungsbeamter genommen werden darf. Dies ist notwendig, um eine schnelle und leichte Ueberlegung der Dienstgeschäfte herbeizuföhren und die Landespolizei im gesetzlich richtigen Verhältnis zum Ministerium des Innern zu bringen. Der Posten ist noch unbesetzt. Alle Kombinationen hierüber sind möglich.

Wird das Ministerium des Innern die Landespolizei ihres militärischen Charakters entkleiden und polizeitechnisch einrichten, so müssen an die entscheidenden Dienststellen auch Beamte gestellt werden, welche die Polizeiarbeit betreiben. Unter diesem Gesichtswinkel erfolgte die Erörterung des Dr. v. Maltz' Brand: zum Major